

WEITERSTADT AKTUELL

November 2020

Inhalt

SPD Weiterstadt beschließt Liste zur Kommunalwahl.....	1
Investitionen in Bürgerhäuser sehr erfolgreich.....	2
Keine Wohnraumförderung des Landes in Weiterstadt.....	3
Solidarität mit Moria-Flüchtlingen wird kleiner Eklat.....	4

Impressum

V.i.S.d.P: SPD Fraktion Weiterstadt,
Benjamin Gürkan, Riedbahnstraße 6,
64331 Weiterstadt
Auflage: 15.000 Stück

Redaktion:

Benjamin Gürkan, Kathrin Keil



Bei ihrer Mitgliederversammlung am 31.10. im Bürgerhaus Braunshardt verabschiedete die Weiterstädter SPD ihre Liste zur Kommunalwahl am 14. März 2021. Über 30 Mitglieder waren der Einladung des Vorstandes gefolgt.

SPD Weiterstadt beschließt Kommunalwahlliste

Sozialdemokraten gehen mit guter Mischung und vielen neuen Gesichtern ins Rennen

Am Samstag 31.10. lud die Weiterstädter SPD zu einer Mitgliederversammlung ins Bürgerhaus Braunshardt ein, um die Kandidatenliste für die Kommunalwahl 2021 verabschieden zu lassen. Unter strengen Coronaauflagen geschah dies in einer Präsenzveranstaltung, da eine Abstimmung per Briefwahl dafür nicht zulässig ist.

Die Spitzenkandidatin Heike Hofmann (MdL, Landtagsvizepräsidentin) motivierte die Anwesenden mit einer engagierten Rede, sich weiterhin für die gute, bürgernahe und soziale Politik der SPD einzusetzen. „Wir machen Politik für die Menschen vor Ort, das haben die 46 Prozent bei der letzten Kommunalwahl gezeigt. Die SPD und vor allem unser Bürgermeister Ralf Möller, führen die Weiterstädter gut durch die aktuelle Krise. Mit der Kommunalwahlliste haben wir eine gelungene Mischung aus Jung und Alt, Erfahrenen und Neuen sowie allen Stadtteilen zusammengestellt, die dafür sorgen wird, die erfolgreiche Politik für Weiterstadt fortzusetzen,“ so Hofmann. Angeführt wird die Liste von Heike Hof-

mann und abgeschlossen von Ralf Möller auf Platz 37. Insgesamt hat die Liste 11 neue Gesichter. Darunter vier junge Menschen unter 20 Jahren: Hannah Ludwig auf Platz 9, Yusuf Zeyrek auf Platz 16, Max Wunsch auf Platz 19 sowie Benedict Beil auf Platz 28. Zu den neuen Gesichtern zählen auch Iris Gürtler (7), Gabriele Kehl (11), Felix Merlau (23), Tom Geißer (24) und Axel Rieper (26). Bewährte Kräfte wie Manfred Ditttrich (2), Kathrin Keil (3), Alexander Koch (4), Benjamin Gürkan (6), Lukas Harnischfeger (8), Bernd Neumann (10) Andreas Enzmann (12) sowie viele weitere Erfahrene kandidieren für die nächsten fünf Jahre.

Nach Verabschiedung der Liste wandte sich der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Bernd Neumann an seine Mitglieder: "Die SPD bleibt eine Volkspartei der Mitte, die eine Barriere sowohl gegen Rechts- als auch Linksextremismus bilden muss. Wir stehen für die Vermittlung von Demokratie und Meinungsfreiheit sowie für gute Sachpolitik in Weiterstadt. Damit wollen wir auch in Zukunft für Weiterstadt 'Gutes erhalten und neues gestalten'."

- 1 Heike Hofmann
- 2 Manfred Ditttrich
- 3 Kathrin Keil
- 4 Alexander Koch
- 5 Jutta Klein
- 6 Benjamin Gürkan
- 7 Iris Gürtler
- 8 Lukas Harnischfeger
- 9 Hannah Ludwig
- 10 Bernd Neumann
- 11 Gabriele Kehl
- 12 Andreas Enzmann
- 13 Christina Schwab
- 14 Reinhold Stein
- 15 Christian Kurpiers
- 16 Yusuf Zeyrek
- 17 Boris Mikloss
- 18 Wilhelm Fischer
- 19 Max Wunsch
- 20 Stephan Geter
- 21 Risto Salzer
- 22 Klaus Ackermann
- 23 Felix Merlau
- 24 Tom Geißer
- 25 Donato Girardi
- 26 Axel Rieper
- 27 Hermann Schuchhardt
- 28 Benedict Beil
- 29 Lars Röhl
- 30 Günter Merlau
- 31 Annina Gürkan
- 32 Rosa Maniazi
- 33 Peter Reitz
- 34 Angelika Reitz-Gottschall
- 35 Alexander Ludwig
- 36 Doris Hofmann
- 37 Ralf Möller
- 38 Peter Ulshöfer (Ersatzkandidat)

Investitionen in Bürgerhäuser sehr erfolgreich

Das Bürgerhaus Braunshardt ist fertig; Schneppenhausen wird gerade saniert



Interessante Fakten über das Bürgerhaus Braunshardt

- » 160m³ Mauerwerkswände entspricht 360t
- » 863m³ Beton entspricht 2.071t
- » 160t Baustahl wurden in den Beton verarbeitet
- » 4.650t Erde wurden bewegt
- » 4.502t Recyclingschotter wurden unter dem Gebäude und der Außenanlage eingebaut
- » 5.236m Kabel wurden verlegt
- » 251 Steckdosen und Schalter
- » 350 Sitzplätze

Seit Jahren schon hat sich die SPD Weiterstadt die schrittweise Sanierung bzw. in Braunshardt den Neubau unserer Bürgerhäuser auf die Fahnen geschrieben. Die Bürgerhäuser erfüllen eine wichtige Funktion für Bürgerinnen und Bürger, für die zahlreichen Vereine und natürlich auch für Veranstaltungen der Stadt.

In der aktuellen Wahlperiode (2016 bis 2021) wurde es dann konkret mit dem Neubau des Bürgerhauses in Braunshardt und der Sanierung des Bürgerhauses in Schneppenhausen. Im Weiterstädter Bürgerzentrum wurden immer wieder Maßnahmen ergriffen, während des laufenden Betriebes. Zuletzt stand die Sanierung der Toiletten an.

Braunshardt hat nun ein Bürgerhaus

Das Bürgerhaus Braunshardt hat seit dem 1. Juli seine Tore für Weiterstadts Bürgerinnen und Bürger vor allem aber für die Brauscht geöffnet. Bedingt durch Corona, gab es leider keine offizielle Einweihungsfeier, diese soll aber im kommenden Jahr nachgeholt werden. Stattdessen konnten sich Mitglieder der politischen Gremien bei einem Rundgang ein Bild von dem neuen Gebäude machen.

Nach mehr als 10 Jahren Planungs-, Vorbereitungs- und Bauzeit ist jetzt das Bürgerhaus endlich fertiggestellt. Von den ursprünglichen Plänen, eine Schießanlage für die Sportschützen einzubauen, musste man aus Kostengründen Abstand nehmen. Zur Abstimmung der Planung wurde ein Projektbeirat gegründet, in dem die Vereine



und Bürger ihre Wünsche vorbringen und diskutieren konnten. Durch die finanzielle Lage wurde der Bau, dessen Fertigstellung zunächst für 2014 geplant war, um einige Jahre verschoben. Denn Bürgerhäuser sind sogenannte Freiwillige Leistungen einer Kommune und müssen nicht von der Stadt bereitgestellt werden. Übrigens ist das Bürgerhaus Braunshardt nicht mit Geldern der Steuerzahler finanziert worden, wie oft behauptet wird, sondern mit Geldern aus den Grundstücksverkäufen aus dem Gewerbegebiet West.

Umstritten war neben der Ausstattung auch der Standort des Bürgerhauses. Außerdem sind die Kosten in der Relation zu den ersten Entwürfen zum Teil deutlich gestiegen. Einerseits wegen der steigenden Baukosten, andererseits wegen geänderter Anforderungen während der Planung und Bauausführung. Für die Zukunft ist es wichtig, Baupro-

jekte mit größerem Puffer zu planen und die vorgegebenen Zahlen kritischer zu hinterfragen.

Wenn man sich umhört in der Braunshardter Vereinswelt sind die meisten sehr froh, nun ein eigenes Bürgerhaus zu haben und für Proben, Aufführungen und Veranstaltungen nicht mehr auf andere Stadtteile oder private Orte angewiesen zu sein.

Schneppenhausens Bürgerhaus wird derzeit saniert

Pünktlich zur Fertigstellung des Braunshardter Bürgerhauses geht es bei der Kernsanierung des Schneppenhäuser Bürgerhauses in die entscheidende Phase. Die Planungen hierzu wurden auch bereits vor vielen Jahren gemeinsam mit den Schneppenhäusern erarbeitet. Ein alternativer Neubau war relativ schnell vom Tisch und so entschieden sich die Gremien mehrheitlich für eine Sanierung im Bestand mit leicht-

ten Änderungen des Raumprogramms und Erweiterungen. Während des Rückbaus gab es kleinere Überraschungen, die bei der Planung noch nicht abzusehen waren. Bei einer kurzfristig einberufenen Projektbeiratssitzung gemeinsam mit den Architekten konnten die Probleme vor Ort aber schnell geklärt und letztendlich auch gelöst werden. Der Bühnenvorhang bleibt demnach, wo er auch ursprünglich war und von der Seite gibt es nun einen barrierefreien Zugang zur Bühne. Die Fertigstellung ist für 2021 geplant.

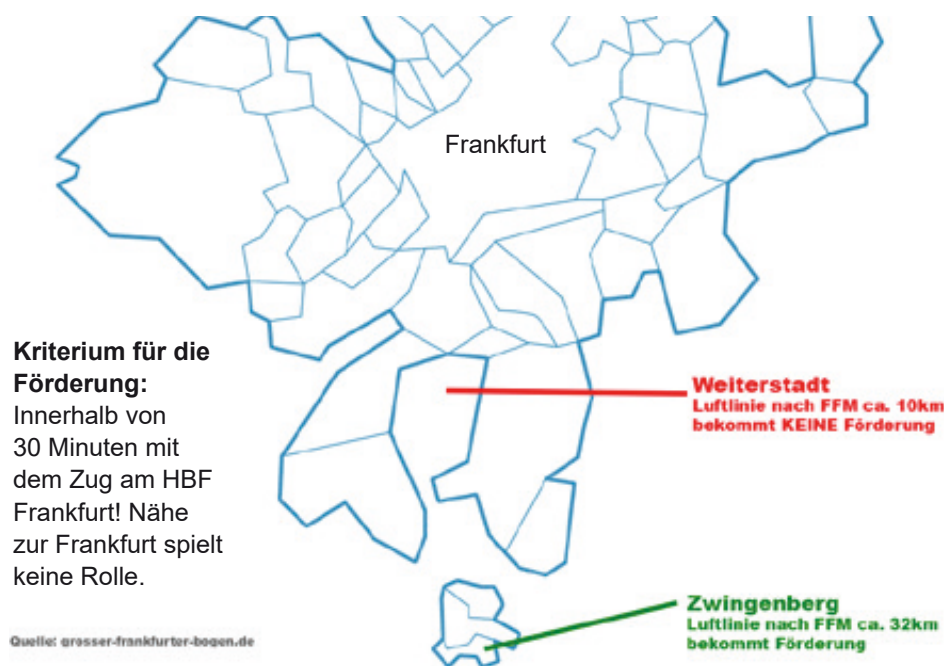
Das nächste auf der Liste ist dann das Gräfenhäuser Bürgerhaus, welches die SPD in der nächsten Wahlperiode angehen und sanieren möchte.



Fast schon ein bisschen gespenstisch wirkt es und ist kaum wiederzuerkennen: Das auf den Rohbau zurückgebaute Bürgerhaus in Schneppenhausen soll im Laufe des nächsten Jahres wieder in Betrieb genommen werden.

Keine Wohnraumförderung des Landes für Weiterstadt

Absurde Kriterien beim Programm "Großer Frankfurter Bogen" führen zu Ungleichbehandlungen



Wohnraum im Rhein-Main-Gebiet und damit auch in Weiterstadt ist knapp. Das wissen mindestens alle, die eine Wohnung oder ein Haus suchen, kaufen oder bauen möchten. Stellen Sie sich vor, Sie wollen als Staat Wohnraum schaffen. Sie fragen sich dann sicher: Wie könnte man das anstellen? Welche Kriterien sind möglich und nötig, um Wohnraum in den Städten und Gemeinden zu schaffen oder die Schaffung zu unterstützen? Kriterien könnten dann zum Beispiel sein: Ob es verfügbare Flächen zum Bauen gibt, wie groß die Warteliste für Sozialwohnungen einer Kommune ist oder auch wie hoch der durchschnittliche Quadratmeterpreis zum

Kaufen oder Mieten ist. Sicher gibt es auch noch weitere Kriterien, die man heranziehen könnte.

Auch das Land Hessen und hier unter der Führung des Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir von den Grünen hatte die Idee Wohnraum zu fördern und entwickelte ein Programm, das sich „Großer Frankfurter Bogen“ nennt. Wenn Sie sich die Förderkriterien allerdings anschauen, dann greifen Sie sich als Weiterstädter Bürgerin oder Bürger an den Kopf. Denn das Kriterium ist: In direkter Verbindung mit dem Zug innerhalb von 30 Minuten am Frankfurter Hauptbahnhof zu sein. Ein völlig sachfremdes Kriterium (Bahnverbindung/Geschwindigkeit)

wird herangezogen, um Wohnungsbau zu fördern. Das führt dann zu absurden Situationen. Zwingenberg – Luftlinie ca. 40 Kilometer von Frankfurt entfernt – ist förderberechtigt (!), weil man eben in 30 Minuten mit dem Zug nach Frankfurt fahren kann. Weiterstadt – Luftlinie ca. 10 Kilometer von Frankfurt entfernt – ist nicht förderberechtigt. Dabei sind sowohl die Miet- und Grundstückspreise als auch der Wohnungsdruck in Weiterstadt mindestens genauso hoch wie in Zwingenberg. Weiterstadt ist nach diesem Kriterium doppelt gekniffen: Weil unsere Anbindung an Frankfurt nicht optimal ist, werden wir dafür auch noch bestraft. Läge Weiterstadt nur 2 Kilometer weiter östlich und wäre damit an die Nord-Süd-Achse Frankfurt-Darmstadt und an die S-Bahn angebunden, fielen wir unter die Förderbedingungen. Auch die angedachte Straßenbahn nach Darmstadt würde nichts daran ändern. Die SPD hat einen Antrag im Weiterstädter Parlament gestellt, beim Wirtschaftsministerium nachzufragen, ob man ergänzend zum 30-Minuten-Bahn-Kriterium auch noch die Entfernung zu Frankfurt mit einbeziehen könnte, damit die Förderung gerechter wird. Die Antwort des Staatssekretärs war erwartungsgemäß ausweichend: Man plane nicht die Kriterien zu ändern, da es ja noch andere Förderprogramme gibt. Wie das Bild zeigt, ist Weiterstadt eine Insel inmitten förderberechtigter Kommunen. Gerechtigkeit unter den Kommunen sieht anders aus! .

Solidarität mit Moria-Flüchtlingen wird kleiner Eklat

Gemeinsamer Antrag von SPD, FWW und ALW wird von CDU mit Extremisten gleichgesetzt



Vor einigen Wochen brannte das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos nieder. Aufgrund der katastrophalen Verhältnisse vor Ort wandte sich Pfarrer Hartmut Stiller im September hilfesuchend an das Stadtparlament. Die SPD-Fraktion griff die Initiative auf und fragte kurzfristig zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung im September bei den anderen drei Fraktionen FWW, ALW und CDU an, ob sie einen symbolischen Antrag unterstützen würden. Da die CDU nicht mitmachen wollte, stellte man die Idee zunächst zurück.

Zur Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses im Oktober 2020 stellten die drei Fraktionen SPD, FWW und ALW dann einen gemeinsamen Antrag, der Hilfsbereitschaft für und Solidarität mit den Menschen aus Moria zum Ausdruck bringen sollte. Der Landkreis und andere Kommunen hatten dies bereits getan. Neben der Hilfsbereitschaft Weiterstadts, fordert der Antrag, dass die Regierungen der EU-Staaten gemeinsam ihrer Verantwortung für diese Menschen gerecht werden und zusammen für Richtlinien einer europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik zu sorgen.

Obwohl die CDU bei dem Antrag nicht mitmachen wollte, brachte sie dann aber im Ausschuss für Soziales und Kultur einen Änderungsantrag ein, der inhaltlich das Gleiche wollte, aber voller juristischer Spitzfindigkeiten war, die hier nicht angebracht waren. „Wir wollten schnell und unbürokratisch unsere Solidarität bekunden“, so Lukas Harnischfeger (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender SPD)

„und waren schon sehr verwundert, dass gerade die Partei, die sich der christlichen Nächstenliebe verschrieben hat, daraus so einen Verwaltungsakt machen will. Zumal die Bundesregierung ja bereits die Aufnahme von Flüchtlingen in geregelter Zahl zugesagt hatte.“

Keine der beteiligten Fraktionen beabsichtigte mit diesem Hilfssignal wieder wochenlang Turnhallen oder Bürgerhäuser zu schließen. Das ist nicht nötig, denn es gibt genug Kapazitäten in den Gemeinschaftsunterkünften, die nach der Situation 2015 auch in Weiterstadt geschaffen wurden. „Im Endeffekt ist sowieso der Kreis für die Zuweisung von Asylsuchenden zuständig“, erläutert Kathrin Keil (Geschäftsführerin SPD Fraktion). Den beteiligten Fraktionen ging es um ein deutliches Signal der Hilfsbereitschaft und ein Symbol der Solidarität und es wäre im Sinne der Sache gewesen, wenn alle vier Fraktionen einen gemeinsamen Antrag gestellt und verabschiedet hätten.

In der Oktobersitzung der Stadtverordnetenversammlung, bei der es erneut die Gelegenheit gab als Stadtparlament mit einer Stimme zu sprechen, zog es der Fraktionsvorsitzende der CDU Lutz Köhler aber vor, die anderen drei Fraktionen mit Extremisten in einen Topf zu werfen. CDU-Mann Köhler störte sich an der Formulierung im Antrag „Die Stadt Weiterstadt erklärt sich bereit, Flüchtlinge aus Moria aufzunehmen und Bestrebungen zu unterstützen, ihnen ein rechtsstaatliches Asylverfahren in Deutschland zu gewährleisten.“ Seiner Ansicht nach suggeriere man damit, dass es in Deutschland keine rechtsstaatlichen Verfahren gäbe

und man solche Aussagen sonst aus dem Mund von Extremisten höre.

„Diese unfassbare Entgleisung noch dazu bei einem so sensiblen Thema ist das eine, das andere ist aber, das bewusste Fehlinterpretieren und Umdeuten von Aussagen“, kritisiert der Vorsitzende des Sozialausschusses Andreas Enzmann. Schon in der Antragsbegründung erklärte Lukas Harnischfeger, wer im Kern Adressat der politischen Botschaft war: „Wir sind bereit, Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen ein faires Asylverfahren zu garantieren. Dies kann allerdings in dieser Form nur ein einmaliger Vorgang sein. Die Mitgliedstaaten der EU sind in der Pflicht, eine Lösung für die Asylpolitik zu finden. Aus diesem Grund stehen wir zwar auf der einen Seite dazu, bei der Beseitigung der schwierigen Situation in Moria zu helfen, erwarten aber andererseits, dass für die Zukunft klare Verfahren und Zuständigkeiten festgelegt werden, damit Situationen wie in Moria gar nicht erst entstehen.“

Seit Jahren schon zeigt sich die EU beim Umgang mit Hilfesuchenden nicht von ihrer besten Seite und manche Länder bieten aus politisch-ideologischen Gründen Asylsuchenden eben keine fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren. Genau das sollte mit dem Antragstext zum Ausdruck gebracht und für die Entwicklung von Lösungen appelliert werden.

„Wir lassen uns nicht nachsagen, dass wir an der Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik zweifeln. Wir verbitten uns, eine Solidaritätsbekundung mit Flüchtenden mit Aussagen von Extremisten zu vergleichen“, protestiert Bernd Neumann (Vorsitzender SPD Weiterstadt) nachdrücklich.